

# Reichsward

und Deutsches Christentum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Der Reichsward erscheint jeden Sonnabend. - Bezugs-  
preise: Inland: vierteljährlich durch die Post 3.- RM.  
durch Kreuzband 1,75 RM. Ausgabe 4 monatlich 1.- RM.  
Deutschland monatlich 2 Schilling. Ausland: Viertel-  
jährlich 1 Dollar. - Anzeigen-Preise: für die 9 gepaltene  
Millimeter-Reile 15 Goldschilling, die ganze Seite 300 Gnt

## Grav E. Reventlow

Bei Blattverkauf entsprechend Aufschlag. Rabatt nach  
Zahl. Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhand-  
lungen sowie der Verlag „Der Reichsward“ 8, III, B. D.  
Berlin O 17, Markgrafendamm Str. 11, entgegen. - Fern-  
sprecher: Andrea 4876. Postfach-Konto: Berlin 88714  
Unteritalien Manuskripten ist Rückporto beizulegen

# Der Kampf der „Wirklichen“

Trotzdem die Tatsache bekannt ist, wird im Partei-  
kampf, und besonders jetzt im Wahlkampf, immer wieder  
vergessen, daß jene politischen Parteien, die eben nur Par-  
eien sind, nur etwas darstellen, etwas vorgeben zu sein  
und in Wirklichkeit nur Marionetten sind oder Schirme,  
hinter denen die „Wirklichen“ liegen. Diese Wirklichen sind  
die „Geldmänner“. Diese befinden sich augenblicklich in eini-  
ger Sorge, denn ihre Marionetten, die sogenannten bürger-  
liche Parteien, sind entzwei gegangen. Es muß geklärt

Wir haben hier oft auf die von so vielen Mitgliedern  
der politischen Parteien nicht geäußerte Tatsache hingewiesen,  
daß sämtliche sogenannten bürgerlichen Parteien auf irgend  
eine Weise vom internationalen Gelde abhängig sind, und  
trotz aller Programme und trotz allen erklärten Willens und  
Vertrauen von Massen ihrer Mitglieder gar nicht national  
sein könnten. Ebenjowenig wie dem Deutschen und dem  
Norden kann jemand, ob Einzelner, ob Partei, dem Kapital-  
ismus und dem Deutschtum dienen. Da verfaßt auch die  
alte Phrase: das Beste gewollt zu haben. Hier ist die  
Heiße Frage eines früheren hervorragenden Mitgliedes der  
Deutschnationalen Volkspartei, Professor Dr. Hoeslich, —  
seht vertritt er begeistert den „konservativen Gedanken“ —  
äußert worden: Kampf gegen den Kapitalismus könne nur  
zu bolschewistischen Zuständen führen. Die internationalen  
Geldherrscher konnten mit einem parteimäßig gegliederten und  
parteindividuell behandelten Bürgertum machen, was sie  
wollten. Und sie haben das getan, werden es weiter tun.  
Auf der Linken die marxistischen Parteien, die vorgeben, die  
Interessen „der werktätigen Bevölkerung“ zu vertreten, und  
die soziale Parole auf ihrer Fahne führen. Sie sind aus-  
gesprochen internationalistisch, weniger ausgesprochen, aber  
ebenso vollständig in der Hand des internationalen Geldes.  
Sozial können sie deshalb auch nicht sein, wollen es nicht  
sein, ihr Sozialismus ist Maske. Wir brauchen kaum mehr  
daran zu erinnern, daß es die Sozialdemokratie war, welche  
die Dawesgesetze mit allen Kräften betrieb und jede spätere  
Maßnahme zu weiterer Geldverflüssigung Deutschlands mit  
demselben Eifer zu verwirklichen strebte.

in der Jugend anderer Parteien auch das Antikapitalistischer  
durchdringt. Die Hindernisse sind da groß, aber die Mög-  
lichkeit kann man für die „Sommerenden“ nicht abstreifen.

Nach diesen Überlegungen ist ohne weiteres klar, mit  
wie gespannter Aufmerksamkeit die politischen Parteien be-  
obachten, auch glauben zu machen zu können, ob die na-  
tionalsozialistische Bewegung sich ebenfalls kapitalistisch bin-  
den lasse, sei es durch Jugenberg, sei es durch andere. Der  
Wunsch der Anderen ist brennend, daß es so kommen möch-  
te, und so die nationalsozialistische Gefahr mit einem  
Schlage verschwände. Denn hier und nur hier liegt die  
Kraft der nationalsozialistischen Bewegung, sie zeigt,  
daß es etwas in Deutschland gibt, das  
dem Gelde nicht untertan ist, und das die  
Herrschaft des Geldes vernichten will, und vernichten kann,  
als rein von aller kapitalistischen Bindung und jüdischer  
Beziehung. Eine Bewegung, eine Partei, die diese Klein-  
heit verloren oder nie besessen hat, mag sich noch so dick  
unterstreifen national nennen, so kann sie im tieferen Sinne  
national doch nie sein. Sie kann es einfach nicht, auch  
wenn ihr noch so viele tief und aufrichtig national aus-  
sehende Menschen angehören. Und genau so geht es mit der  
sozialen Seite. Zum Beispiel gehören der Sozialdemokratie  
viel gutgläubige Menschen an, die von Herzen sozial sind;  
aber ihre Arbeit muß vergebens sein und ist vergeblich gewesen,  
weil die Partei im Dienst des internationalen Geldes steht.  
Die Politik der Linken und der Mitte hat in klarer Folge-  
richtigkeit, mit Hilfe der Rechten (1924), die internationalen  
Geldmächte auf Kosten des deutschen Volks noch mehr be-  
rechtigt, das deutsche Volk, den deutschen Arbeiter verelendet,  
Land und Volk in seine Fesseln geschlagen.

**Inhalt:**  
**Der Kampf der „Wirklichen“**  
**Außenpolitische Möglichkeiten**  
**Die Reden und die Hintergedanken**  
**„Wahlparolen“**  
**Wer vom Juden ist . . . . .!**

und gepappt, neue Kostüme, neue Namen müssen angeschafft  
werden. Wer weiß, ob es zusammen paßt und den Beifall  
der Zuschauer findet, nachdem die alten nicht mehr zogen?

Die Sorgen der allerhöchsten Finanz um ihre Fron-  
kolonie sind in der Tat ernsthaft. Das ist, wie wir zuver-  
lässig erfahren haben — Namen können wir, um unsere Ge-  
meindemänner nicht zu schädigen, nicht nennen — in letzter  
Zeit auf verschiedenen Versprechungen, an denen jü h r e n d e  
Geldleute teilnahmen, sehr deutlich zum Ausdruck gekommen.  
Diese haben sich beinahe gleichlautend dahin geäußert: Bis-  
her habe man die Herrschaft in Deutschland kampflos erun-  
gen und seitdem unumrittren inne. Jetzt sei die Lage ver-  
ändert, die Finanz müsse um ihre Herrschaft in Deutschland  
kämpfen, und zwar gegen die nationalsozialistische Be-  
wegung, welche, je mehr das allgemeine Glend fortschreite,  
an Boden und Macht in Deutschland gewinnen werde. Man  
dürfe es nicht zu einem allgemeinen Krach, einem Zu-  
sammenbruch, vor allem nicht zu Unruhen, vollends nicht  
zur Staatsumwälzung im Zeichen der sozialen Not und  
Frage in Deutschland kommen lassen. Um diese immer mehr  
akut werdenden Gefahren zu beseitigen, müßten gerade die  
Geldkreise dafür sorgen, daß das ins Ausland gebrachte  
Kapital wieder nach Deutschland geschafft würde. Das sei  
eine Aufgabe, die Überwindung fordere, aber es lasse sich  
nicht umgehen, die Lage sei zu kritisch.

Seit einem halben Jahrzehnt unachse haben wir nicht  
selten hier zu Voraussetzungen Stellung genommen, die mit  
apodiktischer Gewissheit behaupteten: im nächsten Winter,  
höchstens im Frühjahr, kommt der große Zusammenbruch,  
kommt der Krach, kommt die Katastrophe, dann ist eben  
alles erledigt! — Wir haben dazu immer die Stellung ein-  
genommen und demgemäß in Versprechungen vor solchen Auf-  
fassungen gewarnt: die internationalen Geldmächte hätten  
alles Interesse daran, es zu einem gemeinen Zusammen-  
bruch, zu einem „Krach“ nicht kommen zu lassen. Ihr  
Ziel müsse sein und sei in ähnlichen Fällen immer gewesen:  
ein allmähliche Verelendung und eine in gleichem  
Maße fortschreitende stumpfe Ergebung der Bevölkerung: die  
Verhältnisse seien nun eben nicht anders, man müsse sich  
darein fügen, still arbeiten und sich weiter einschränken.

Erscheint die Menge der politischen und wirtschaftlichen  
Fragen auch manchmal verwirrend, ist in manchen Fällen  
dem ungeübten Auge nur die Oberfläche erkennbar, so führt  
doch die einfache Frage: wie läuft die Linie des ma-  
teriellen Interesses der Geldmächte?  
— immer zu einer einfachen Erklärung. Das Weltkapital,  
in seinen verschiedenen Gestalten und Gruppen will Geld  
und immer wieder und immer mehr Geld. Das Welt-  
kapital hatte in Deutschland feinfache Gelegenheiten nach 1918  
erhalten und benutzt, ein ganzes großes Volk und Land zur  
Verfügung für seine Ausbeutung als Geschenk zu be-  
kommen. Die Regierenden dieses Volkes haben es seiner-  
zeit ausgeliefert und ihm erzählt, daß sei alles letzten En-  
des zu seinem Besten, bedeute den „Weg“ ins Freie, den ein-  
zigen, man solle nur brav arbeiten und sparen. Das hat  
die deutsche Bevölkerung seit der Revolution, besonders seit  
dem Dawesgesetze, treu und brav geglaubt. Erst seit kur-  
dem fängt sie an, zu zweifeln und diesen beispiellosen welt-  
geschichtlichen Betrug als solchen zu erkennen, zu begreifen,  
daß die ganze deutsche Arbeit, der deutsche Boden und der  
sonstige deutsche Besitz nur noch dazu da sind, dem inter-  
nationalen Geldbesitzer zu dienen.

So haben jene „Wirklichen“ in der Tat Recht mit ihrer  
Feststellung, bis jetzt hätten sie die Herrschaft in Deutschland  
ohne Mühe und Kampf inne. Sie spielten mit den Par-  
eien, spielten diese aus, wie sie wollten, ließen sie sich als  
Masken dienen, stießen sich auch keineswegs an Worten,  
wie national und sozial; es waren ja nur Worte. Sie  
wußten, daß die Parteien, um sich zu halten, Prestige  
brauchten, von Zeit zu Zeit zu tun mußten, als ob . . .  
Mochten es die Rechten sein oder die der Mitte, oder die  
der Linken, — man ließ ihnen die Leine je nachdem lang,  
aber an der Leine wurden sie gehalten.

Die nationalsozialistische Bewegung hat dieses schöne,  
ausgeglichene, harmonische Verhältnis gestört, und wird es  
weiter zerstören. Die Kräfte des Geldes haben wohl bis  
vor Jahr und Tag nicht angenommen, daß die national-  
sozialistische Bewegung so stark an Macht zunehmen und  
das Wort „Parteileben“ rechts, in der Mitte und links der-  
dort erheben würde. Dazu kommt, daß die jüngeren Jahr-  
gänge, wie sie von Jahr zu Jahr in das öffentliche Leben  
eintreten, jedes Jahr weniger Verständnis und Neigung für  
die Parteiwirtschaft haben.

Die von Michel behauptete Tatsache, daß im Parlament  
eine „zuverlässige Mehrheit“ nicht zu finden sei, ist nur ein  
Symptom der Gesamtlage, nur ein Zeichen der Auflösung  
des Bisherigen von innen heraus. Man wird sehen, ob sich

Wie mit dem Dawesplan, so haben sich aber selbst die  
geringsten Führer des internationalen Kapitalismus geirrt,  
sie haben sich verrechnet. Sie sehen einerseits, daß die wirt-  
schaftliche und geldliche Zerrüttung in Deutschland über das  
ihnen möglich erscheinende Maß hinausgeht, sie sehen zwei-  
tens die nationalsozialistische Bewegung, welche die Geld-  
herrschaft und die Geldherrscher als den Feind schlechthin  
erkannt hat und wissen, daß sie ihn im Zeichen des  
ineinander verschmolzenen Nationalis-  
mus und Sozialismus vernichten können.

Die Geldmächte bereiten ihrerseits die Gefahr ganz  
klar und haben sich anscheinend zunächst das folgende Pro-  
gramm gefestigt: Geld ins Land, keine Ausgabe zu scheuen,  
um die bürgerlichen Parteien irgendwie wiederherzustellen,  
Stützen der Sozialdemokratie, alles zu tun, um es im Win-  
ter zu keinen größeren Krach- und Glendkatastrophen kom-  
men zu lassen. Man wird gut tun, die Ereignisse und  
Pressemeldungen an der Hand dieser Unhalte sehr sorgfältig  
zu verfolgen.

Der Kapitalismus weiß genau, worum es geht, wir  
wissen es auch, wir sehen die „Wirklichen“ durch alle ihre  
Masken und Verkleidungen, hinter allen ihren Schirmen, in  
allen ihren Kuliszen.

## Außenpolitische Möglichkeiten

An die Gegner des jetzigen „Systems“, zumal  
die Nationalsozialisten, wird in Versammlungen häufig  
die Frage gerichtet, wie sie sich denn eine Aenderung, ein  
Abweichen von der bewährten Erfüllungspolitik der genialen  
Staatsmänner Stresemann, Wirth, Curtius und wie sie alle  
heißen, dächten. Und hat man geantwortet, so wird erklärt,  
das sei eine unverantwortliche Katastrophpolitik, die  
Deutschland von der mit so vieler Mühe erlangenen stol-  
zen Höhe wieder in den Abgrund stürzen müsse. Die ge-  
nerische Presse spricht ebenso und pflegt ihren Lesern beson-  
ders nachdrücklich zu sagen, daß die Nationalsozialisten  
glaubten, mit tönenden Schlagworten Außenpolitik machen  
und die Fesseln von Versailles brechen zu können. Die von  
Stresemann eingeleitete und zu so ungeahnten Erfolgen ge-  
führte Verständigungspolitik sei die einzig mögliche Außen-  
politik, die einzige „nationale Realpolitik“. So hat der un-  
vergeßliche Stresemann seine Politik genannt. Die Erfül-  
lungsparteien waren, teils guten, teils bösen Glaubens, von  
der Staatsweisheit dieses Standpunktes überzeugt. Wer einen  
anderen vertrat, war Kriegstreiber oder Maulheld, zum min-  
desten Phantast. Tiefen Parteien ist der Vertrag von Ver-  
sailles vertraut und lieb geworden, als ob sie ihn gemacht  
hätten. Sie fühlten sich wohl darin, halten ihn, wie die  
Juden das mosaische Gesetz, für etwas schlechthin Unabän-  
derliches, gegen das man sich auch nicht einmal a Gedanken-  
sünd erlauben dürfe. Diese Auffassung ist dank einer zehn-  
jährigen Lügenpropaganda in Deutschland außerordentlich

verbreitet. Die Denkfaulheit, die Faulheit überhaupt, hat  
daran einen wesentlichen Teil: man braucht nicht über Au-  
ßenpolitik nachzudenken, der Versailles Vertrag ist ja da,  
unabänderlich, bis einmal „die Bernunft“ regt. So lange  
will Michel noch gerne warten. Bis dahin hat er seinen  
Versailles Vertrag, der ist wenigstens etwas Festes, an das  
man sich halten kann. Alles andere ist Katastrophpolitik  
und kann Deutschland nur in einen neuen furchtbaren Krieg  
führen, der mit Herabsetzung des Deutschen Reichs und al-  
len möglichen unsagbaren Furchtbarkeiten enden muß. Und  
haben wir denn nicht wunderbare Fortschritte gemacht, sind  
wir nicht gleichberechtigt im Völkerbunde, sogar im Völker-  
bundsrat, sind die Rheinlande nicht „frei“, werden unsere  
Minister und Delegierten nicht mit höchster Achtung behan-  
delt, auf welcher Konferenz sie sich auch zeigen mögen, gilt  
nicht Deutschland wieder als Großmacht? Wohl keine Trü-  
bung in diese schöne Entwicklung hineinbringen, wir haben  
Versailles, und das bedeutet die Freundschaft mit Frank-  
reich, dem bewunderten und geliebten Nachbarn, dem wir  
nun schon so lange nachlaufen, geführt von unseren Staats-  
männern, freundlich bewillkommnet vom großen Europäer,  
dem großen Soldaten des Friedens, Aristide Briand!

Es ist wirklich keine Übertreibung, so denkt man in  
den Erfüllungsparteien. Deren Führer freilich sehen weit  
realere und noch schmachvollere Dinge als freundschaftlichen  
Besuch, nämlich gemeinsame große Geldgeschäfte, einträg-  
liche Kartellierungen und Verstrickungen. Deutschland unter



Frankreichs politischem und militärischem Oberbefehl, von gemeinsamen Profiten durchglühete Freundschaft, was kann man mehr wünschen?

Uns wird also die Frage gestellt: Was würdet ihr tun auf dem Gebiete der Außenpolitik, wenn ihr morgen zur Macht kämet? Antwortet uns nicht mit allgemeinen Redewendungen, zeigt uns keine Wunschbilder, sondern jagt, was ihr tun würdet. — Im Reich, ist immer der Standpunkt vertreten worden als Ziel: die Befreiung Deutschlands von seinen Fesseln, bleibt unverrückbar das gleiche. Die Mittel, um zu ihm zu gelangen, müssen sich frei von Grundfäden nach den Möglichkeiten richten. Diese wechseln, je nach der allgemeinen Lage, den Beziehungen anderer Mächte untereinander und nach ihren jeweiligen politischen Zielen und Kurven. Was für ein Bild ergibt heute ein Ueberblick?

In der vorigen Nummer wurde Mussolinis Vertrag mit Moskau besprochen, wir gelangten zum Ergebnis, daß Mussolinis Feindpolitik, im besonderen dieser Vertrag mit Rußland, eine Machtverchiebung, eine Verlagerung der Machtchwerpunkte in Europa eingeleitet hat, wir erwähnten auch Italiens Verträge mit Polen und Rumänien, die beide dazu führen könnten, die Beziehungen dieser französischen Vasallen zu Frankreich mit der Zeit zu lockern. Wir stellen fest, daß die Verbindung Rom-Moskau, Italiens Feindstellung gewaltig stärken, die ihn feindlichen Balkanstaaten in ihrer Frontstellung gegen Italien schwächt. Für Deutschland bedeutet das in demselben Augenblick eine Entlastung von großen Zukunftsmöglichkeiten, wo die deutsche Außenpolitik das Ziel der Befreiung vom Versailler Vertrag ins Auge faßt. Gibt uns nun die gegenwärtige Lage auch eine praktische Handhabe zu einer solchen Politik? Ja, sogar in allergünstigster Weise, nämlich mit dem Paneuropaplan des Herrn Briand.

Ziel dieses Planes, wir setzten es vor einigen Wochen hier auseinander, ist die Stützung, eine neue Heiligsprechung, des Vertrages von Versailles und der durch ihn, besonders für Deutschland, in Europa geschaffenen Lage, der Grenzen usw.; im besonderen will Briand, auch wenn im Großen nichts dabei herauskommt, das deutsche Sörigkeitsverhältnis zu Frankreich vertraglich befestigen, in der Gewißheit, daß damit die deutschen Erfüllungsparteien begünstigt einverstanden sind. Briand sucht nach immer neuen Befestigungen des Versailler Vertrages, weil er sieht, wie von Jahr zu Jahr die Zahl derjenigen Staaten wächst, welche die „Heiligkeit“ der sogenannten Friedensverträge nicht anerkennen, sondern ihre Forderung oder Befreiung wünschen. Ferner hat den Franzosen die Londoner Flottenkonferenz gezeigt, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich auf breiter politischer Basis immer mehr zusammenfinden, nicht zum wenigsten mit der Front gegen den europäischen Vormachtsanspruch Frankreichs und dessen Seemachtsstellung im Mittelmeer, an der atlantischen und Kanalküste als Bedrohung Großbritanniens. Gewiß, auch diese Lage kann sich wieder ändern, augensichtlich besteht sie aber, und Frankreich sieht sich, jedenfalls, was die anderen Großmächte anlangt, einigermaßen isoliert, als Bedrücker und Friedensstörer angesehen. Auch für die stärkste Militärmacht ist das ein unangenehmer Zustand. Briands Europaplan sollte Erleichterung schaffen.

Der Inhalt der Briandischen Paneuropavorschläge ist seinerzeit hier skizziert worden. Seitdem sind die Antworten der verschiedenen Staaten in Paris eingetroffen und, abgesehen von der deutschen, die der Reichswart ausführlich

behandelte, wissen wir ungefähr schon, was in den anderen steht. Die Unterschiede in ihren Hauptgesichtspunkten sind folgende:

Diejenigen Staaten, zu deren Vorteil die sogenannten Friedensverträge von 1919 gereicht oder die durch diese erst entstanden sind, betrachten diesen Vertrag als die heilige Grundlage des Paneuropaplanes, an der Spitze: Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Belgien, Rumänien, Griechenland usw. Die Verwirklichung des Briandischen Planes erklärt hingegen das durch den Friedensvertrag so furchtbar verhängelte Ungarn für unmöglich, solange nicht der vollständige Zustand Europas geändert worden ist. Die deutsche Regierung, die hier eine herrliche Gelegenheit gehabt hätte, die Forderung des Vertrages von Versailles für ein Gebot der Notwendigkeit überhaupt und besonders für den europäischen Frieden zu erklären, schleicht mit sichtbarem Überwillen um den Punkt herum mit der Wendung: die schwierige Lage Europas rühre in weitgehendem Maße auch von der gegenwärtigen politischen Organisation „unseres Kontinents“ her. Die deutsche Regierung berührt mit unentblöhter ängstlicher Vorsicht den Punkt, auf den alles ankommt und hütet sich, ihn als deutschen Anspruch, als Bedingung zu formulieren, wie Ungarn. Italien seinerseits spricht in seiner Antwort auch, wie sonst schon wiederholt, die Notwendigkeit einer Revision der Verträge aus, nicht für Deutschland, sondern für sich, weil es unzufrieden mit seinen Friedensbedingungen ist.

Hier tritt folgendes hinzu: Italien an der Spitze verlangt eine Reihe von Staaten für die Verwirklichung des Briandischen Planes, Zuziehung von Rußland und der Türkei. Dazu gehören u. a. die östlichen Randstaaten, auch Deutschland spricht sich für den Wunsch aus. Rußland nun gehört auch zu den Mächten, welche Revision der Friedensverträge wünschen, obgleich es selbst an keinem derselben beteiligt ist. Nach dem, was über seine Antwort bekannt ist, steht Großbritannien der Revisionsfrage jedenfalls nicht ablehnend gegenüber.

Diese Umstände genügen, um zu zeigen, wie uneinig die Staaten Europas heute der Frage der sogenannten Friedensverträge gegenüberstehen und wie eine immer allgemeiner werdende Mißstimmung Frankreich gegenüber Platz gegriffen hat. Noch nie war für Deutschland die Gelegenheit während des vergangenen Jahrzehnts günstiger, eine fern ausblickende und dabei auch auf das nächste gerichtete, tatkräftige Außenpolitik zu treiben, im Einvernehmen und Verbindung mit den genannten anderen Staaten, ohne dabei die Vereinigten Staaten von Amerika zu vergessen. Wird eingewandt, wie nicht selten: aber z. B. Italien würde sicher nicht auf die ihm aus dem Youngplan zustehenden Zahlungen verzichten, so wäre zu antworten: ist die Verbindung mit Italien uns nützlich, um Großes hinsichtlich des Versailler Vertrages zu gewinnen, sei es hinsichtlich der Ostgrenzen oder der Wehrmacht usw., so würde man schließlich solchen Anspruch Italiens weiter beschränken. Ebenfalls gälte auch anderen Mächten gegenüber, mit dem Verbindungen uns nützen können, das „do ut des“: Leistung und Gegenleistung; für unsere schönen Augen tut niemand etwas. — Vor allem aber: Abkehr vom Reichsruhm!

Alles in allem bestanden für eine fruchtbare politische Kursänderung jetzt die günstigsten Umstände. Heute sehen wir das tragische Bild: Frankreich und die Weimarerrepublik als Schutzhüter des Versailler Vertrages, des Instruments, das Deutschland zum Sklaven Frankreichs und seiner Vasallen gemacht hat!

„Abriegen Staatsbegehenden Parteien“ die Schuld daran liegen. Den gegenwärtigen Zustand § 48 erklärte Herr Brüning für unverfassungs-mäßig. Er will aber Deutschland befreien, das ist nur möglich, wenn wir weiterhin die Wege gehen, die uns zum 30. Juni, dem Tag der Befreiung, geführt haben“, nämlich friedliche Wege. Zuerst stellt hier wieder einmal unwahrer Weise, andere Parteien wollten kriegerische Wege zur Befreiung Deutschlands einschreiten. In Wahrheit ist man aber eine solche Wahlalternative schon gewohnt. Natürlich appellierte er auch an die Jugend.

Wegen eines wahren Wortes freuen wir uns, Herrn Hermann Müller, den letzten veranzogenen Kanzler, loben zu können: er sagte in Nürnberg: vor elf Jahren hätten die bürgerlichen Parteien in der geltenden Verfassung den einzigen Ausweg zu Deutschlands Wiederaufbau gesehen. Darum nannten sich auch alle Parteien damals „Vollständigen“. Das ist, wie gesagt, ebenso richtig, wie wenig rühmend für jene Parteien. Wahr ist auch, daß diese Parteien aus Angst vor „geschlossenen Zuständen“ nach der nationaler Verarmung und einer Verfassungsschritte, nämlich alle diese Heuchelei und Angst an ihnen gerichtet wird sich weiter rächen. Heute laufen alle jene Volksparteien fliegend und scheltend umher, suchen nach Anschluss, Zusammenstoß, nach neuen Namen, nach „zuständigen“, „zusammen“ und Wahlparolen. Der Zusatz „Voll“ zu ihren Namen hat ihnen nichts genützt. Einzelne Ausnahmen abgesehen, das Zentrum, das ja seiner Zusammenlegung und dem Namen nach, die es zusammenhalten, nichts mit den anderen Parteien gemeinsam haben.

Zum Fest der Republik haben also, abgesehen von dem paar Worten des Kanzlers, und von dem berühmten Konzertredner Wirth, nur Sozialdemokraten gesprochen, und diese in der Hauptache alle dasselbe, jeder sozialdemokratische Wahlschrei, dabei alle mißvergnügt, unzufrieden, ihre Beiratsgriffe zu verbergen. Das war das Fest der Republik 1930, das durch die rauhe Wirklichkeit der getriebenen Fest der W.D. In den ersten Jahren dieser Republik vertriebte man aus dem Republikfest einen Tag der Freude und des allgemeinen Volksjubels künstlich zu machen. Auf den Straßen sollte getanzt werden usw. Schade, daß die Organisationskräfte der W.D. nicht dieses Jahr dermaßen verübt haben, aber sie ahnten selbst, daß ihnen dann von ihnen erwerbslos gemachten Millionen zu einem anderen Tanz ausgepielt haben würden. So bechränkte man sich auf jene Wahlpropaganda. Nur im Berliner Stadion wurde die Jugend zu Tausenden zusammengetrieben und gezwungen, in bunten Kostümen und den jetzt üblichen propagandistischen Sprechbüchern die „Befreiung“ des Rheinlandes zum Ruhme der großen Staatsmänner und ihrer Erfüllungspolitik zu verherlichen und auch ihrerseits unzufrieden zur Täuschung der Bevölkerung beizutragen.

Der Verfassungsfeier haben wir dieses Jahr mehr Aufmerksamkeit gewidmet, als in früheren Jahren, weil sie so häufig zusammenfällt nicht nur mit dem Beginn des Wahlkampfes, sondern mit dem Bankrott des Hauptgedankens eben dieser Verfassung: des Parlamentarismus. So hier über dem sogenannten Fest dieses Jahr besonders sichtbar die Unwahrscheinlichkeit, um nicht zu sagen, das schlechte zu wissen und, wie beinahe alle Reden des vergangenen Montags zeigen, die Angst, daß die aufwachsende Jugendgenerationen durch „das Wert von Weimar“ einen tiefen Sturz machen werden. Man beschwört diese Jugend, das nicht zu tun und um des Himmels willen nicht radikal zu sein. Man zittert, die Jugend zu verlieren, verloren zu haben. Das in unserem politischen Leben gebräuchliche Wort: wer die Jugend habe, habe die Zukunft, schließt einen Zwecken ein, der eben aus der Parteipolitik stammt, und uns deshalb wenig gefällt. Nüchtern und reiner ist: die Jugend ist die Zukunft! — Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ist die einzige Bewegung, die Jugend hat und will. Der Großteil der Jugend der sogenannten bürgerlichen Parteien und die, welche zwischen den Parteien umherirren, oder bewußt das Parteileben meidet, wird nie zu dieser Partei zurückkehren. Sie sind ihr abgetan und vergangen. Es ist ganz typisch, schon seit Jahr und Tag, wie einem auf Versammlungsgängen in allen Gegenden Deutschlands erzählt wird, daß ein Sohn dieses deutschen Nationalen und jenes Volksparteilers oder Demokraten, ja sogar Sozialdemokraten, zum Nationalsozialismus übergetreten sei. Auf die Frage: was denn die Väter dazu sagten, erfolgt ebenso typisch die Antwort: was sollen die machen? oder aber: der Vater sagt, er sei zu alt, um noch neue Wege zu gehen, wolle aber seinem Sohn kein Hindernis in den Weg legen! — Eben diese Jugend weiß oder ahnt, daß die von ihr so gern mit Recht verspottete Reichstagsgeographie mit ihrem rechts, links und Mitte, mit ihrem bürgerlich, nicht bürgerlich, und dieses politische Leben mit seinem veralteten und vergiftenden Massengedanken, und so vieles andere noch, Dinge sind, die je schneller, desto besser in den Dreck hinein gehöhen. Der Fels vor dem Partelleben ist übrigens eine der wesentlichen Ursachen gewesen, daß so viele Angehörige der jüngeren Generationen dem Jugenddeutschen Orden zuwendeten. In ihm hofften sie den Weg zu deutscher Volkverdung zu finden über und abseits von Parteien, wie ja auch Jahre hindurch der Jugenddeutsche Orden sich nicht scharf genug gegen den „Parteiismus“ abgrenzen konnte. Nun ist er selbst diesem anheim gefallen und geht dem in Arm mit Demokraten und Juden, hat die „Staatspartei“ mit ihnen gebildet. Diese Kreise legen besonderen Wert auf die Selbststellung, daß es sich nicht um eine Zusammenlegung von Parteien handle, sondern um einen Zusammenschluß von Persönlichkeiten bzw. Führern und Gefolgshafter. Das ist ein Herumreden um den eigentlichen Punkt, keine Unterschiede, die sozusagen an den Haaren herbeigezogen werden, um diesen an sich unglücklichen Schritt für die jungen deutschen Romantiker zu rechtfertigen. Die „Staatspartei“ welchen Staat meint sie? Früher hatte man einmal die Reichspartei, der Name war verständlich, er bedeutete, daß die Partei sich reiflos in den Dienst des deutschen Reichsgedankens stellte. Aber hier, welchen Staat meinen die Angehörigen bzw. Urheber der Staatspartei? Den Staat von Weimar, oder den Volksstaat, von dem der Jugenddeutsche Orden seit seinem Bestehen als Ziel angesehen hat, oder den Staat der begeisterten Parlamentarier und Demokraten, Judenengenossen und Juden Koch und Oskar Meyer und, wie sie alle heißen. Ist es die Partei eines Staates, den sie jetzt als vorhanden erachten, und mit dem so wenig Staat zu machen ist, oder wollen sie einen neuen Staat machen — dann wären sie ja Umwälzler, oder wollen sie, wie Herr Brüning neulich sagte, die geltende Verfassung mit neuem Geist füllen. Da würde ein

## Die Reden und die Hintergedanken

Das Fest der Republik ist überstanden. Wir sprechen noch einmal heute von ihm, weil die Gewaltigen der Republik die Verfassungsfeier zu interessanter Wahlpropaganda benutzten. Sogar der Reichskanzler Dr. Brüning verschmähte dieses Mittel nicht, wiederholte seinen neulichen unwahrenden Anspruch: das deutsche Volk sei „in der Republik geeint“. Das grenzt schon an das Wesen einer politischen Karikatur: gerade heute von einem in der Republik geeinten deutschen Volk zu sprechen; der Reichskanzler ließ sogar dieses geeinte Volk, das noch nie zerplitterter und uneiniger war, als heute, wie neulich angezündigt, feierlich hochleben. Er meinte auch: die Stunde fordere Einheit und Vertrauen in die Zukunft. Nun, das tut jede Stunde. Herr Brüning ermangete nicht, von der „Befreiung“ der Rheinlande als Kellame für diese Republik zu sprechen. Der Reichskanzler verschmähte ebenfalls nicht, in wohl berechneten Andeutungen zu sagen, daß das heutige Wirtschaftsleben in Deutschland sich nicht auf Wirtschaft des jetzigen Systems zurückführe, sondern auf eine Wirtschaftskrise, welche die ganze Welt durchziehe. Wir werden diesen unwahren Vorwand bis zu den Wahlen ununterbrochen zu hören bekommen.

Auf der gleichen Reichstagsfeier hielt der geschwähigste Minister Dr. Wirth — dieser gefühlvolle Republikaner würde sterben, zumindestens schwer krank werden, wenn er nicht mindestens alle paar Wochen eine Rede halten und in ihr von sich selbst sprechen würde — und deutete an, daß ihm eigentlich die Klüftung der Rheinlande, die Erhaltung der Einheit des Reichs und die neue erfreuliche Entwicklung des Reparationsproblems zu verdanken sei. Außen sei alles in Ordnung, im Innern noch nicht, da das demokratische Prinzip sich noch nicht ganz durchgesetzt habe. Wohl seien wir das freieste Volk der Erde und hätten den freien Staatsbürger, aber „der politische Mensch“ sei noch nicht frei geworden. Wir dürfen wohl nicht bezweifeln, daß Herr Dr. Wirth sich als ein Modell- exemplar des freien politischen Menschen betrachtet. Dann ist er freilich gerade für die Jugend kein sehr herrliches Vorbild. Die Jugend macht Herrn Dr. Wirth große Sorgen, und er bittet mit zählenden Worten, sie möge doch nicht so radikal sein, man wolle ihr auch freien Raum zur Betätigung geben, sie möge auch nachsichtig sein gegen das, was ihr noch nicht im Staate gefiele, auch die gewaltigen Leistungen der bisherigen deutschen Staatsmänner nicht verkennen. Die das Reich aus dem großen Niederdruck wieder aufrichten helfen, verdienen nämlich nicht die abweisende Gebärde. Macht den kommenden Reichstag nicht arbeitsunfähig mit eurem Radikalismus.“ Er hat wirklich Angst vor dem Radikalismus, der gefühlvolle Demokrat, der mit seiner Sentimentalität eine so frühliche Verrogung vereint. Das Reich aufzurichten, so nennen alle diese Weimarleute die Ueberführung des deutschen Volks und Landes in den Frondienst des internationalen, lässlich geleiteten Geldes. Wie

rührend naiv dazu die Mahnung, die Jugend möge den kommenden Reichstag nicht arbeitsunfähig machen. Die Jugend dürfte hierzu denken: na, die Arbeit!

Im Berliner Sportpalast sprach der preussische Kultusminister Grimme, der „Christliche Sozialist“, der seinerzeit erklärte: ein Minister habe nichts zu sein als der Exponent seiner Partei. So erzählte Herr Grimme, mit dem Auge auf die Wahlen, wie die anderen: die Staatsmänner der deutschen Republik könnten auf große Erfolge zurückblicken: „das Rheinland ist frei“, das deutsche Parlament habe Schwierigkeiten, aber die Parlamente anderer Länder hätten auch Schwierigkeiten, und es sei das Beste, wenn die Parlamente der verschiedenen Staaten zusammenarbeiten, so z. B. gegen die Arbeitslosigkeit. Grimme predigte überhaupt über nationale Ziele. Die Nationen zusammen müßten die Durchorganisation der Weltwirtschaft leisten. Appell der Weimarleute an die Jugend scheint überall als Parole ausgegeben zu sein, ebenso wie entkräfteter Widerspruch gegen die Diktatur. Die Reden des Herrn Grimme haben sich von denen seiner Parteigenossen wohlwendend ab, weil über ihnen der schöne Schimmer unfreiwilliger Komik liegt. Der Exponent Grimme versucht nämlich immer etwas Kultur und Bildung, etwas Tiefgründiges zu sagen, er ist doch nun einmal Kultusminister. Aber es will nicht, und so bleibt die unfreiwillige Komik das Verhängende.

Da versteht unser Loebe die Sache besser. Er war der Sprecher vor dem sogenannten Reichsbanner, der „Vorwärts“ meint, es sei ein unvergessliches Bild gewesen. Loebe will einen „wirklich sozialen Volksstaat“, er verschweigt aber fortpflichtig, wie er diese Forderung mit der von ihm und seinen Genossen gewollten Beherrschung Deutschlands, an erster Stelle der deutschen Arbeiterklasse durch das internationale Geld vereinigen will. Die deutsche Wirtschaftsnot führt er ebenso, wie die anderen Redner, das ist schon reine Schablone, auf eine Krise in der ganzen Welt zurück. Loebe sagt: Wir lehnen jede Diktatur ab, von welcher Seite sie auch kommen möge! Loebe hat vergessen, daß sein Parteigenosse Wels noch vor nicht langer Zeit sagte: wenn schon Diktatur, dann werden wir Sozialdemokraten die Diktatur übernehmen! Herr Loebe bedauert, und wir können es ihm nachfühlen, daß die Gruppen, die den Staat bejahen, nicht miteinander, sondern gegeneinander kämpfen!

Auch Herr Severing machte in seiner Festrede Wahl-agitation. Er möchte zu normalen Verhältnissen zurückkehren, also natürlich zu einer sozialdemokratisch bestimmten Regierung. Der „Vorwärts“ hat beobachtet, die Rede Severings „machte auch auf die anwesenden Reichswegroffiziere und andere Kreise sehr starken Eindruck“. Schade, daß er nicht sagt, woran er das gesehen habe; haben die Reichswegroffiziere gewinkt? Auch Severing sprach von der Weltwirtschaftskrise als Ursache der Arbeitslosigkeit und wußte nur zu gut, daß in erster Linie seine Partei und dann die



fenberbares Gebrauh von verschiedenem „Geist“ zusammengefaßt werden, eine hochmoderne Olla Potrida mit beherrschendem Knoblauchgeschmack, deren Süße denen, die sich noch deutsche Organe bewahrt haben, nur äußersten Widerwillen erregen könnten. Aber wir sind die letzten, die etwas gegen dieses Vorhaben einwenden. Im Gegenteil wird gerade die Staatspartei eine Probe bilden, inwiefern und welche Deutsche in der Knoblauchatmosphäre ihre Gegenwart und Zukunft suchen und lieben und sich wohl fühlen.

Wenn der „Aufmarsch“, wie die Zeitungen es so stolz nennen, der Parteien sich vollzogen hat, werden wir noch etwas dazu bemerken. Heute unterscheidet man schon, daß dieser Aufmarsch, soweit es die bürgerlichen Parteien anlangt, ein klägliches Gehumpel und das flehenliche Rufen vereinsamer „Führer“ und sonstiger politischer „Marodebrüder“ (Simplicius Simplicissimus) nach Gefolgschaften, unermüdliches Handeln und Verhandeln bedeutet, ob nicht irgendwo und irgendwo „Zusammenschluß“ und „Anschluß“ in Gestalt einer möglichst ehrbar aussehenden Annäherung zu ergeben könnte, vielleicht werden die nächsten Wochen da noch Veränderungen ergeben, jedoch das Bild im ganzen wird sich schwerlich ändern.

Der Minister Treutmann hat erzählt: die Regierung habe sich dem Reichspräsidenten gegenüber verpflichtet, die große Finanzreform unter allen Umständen durchzuführen, und wenn das Ergebnis der kommenden Wahlen die dazu erforderliche Mehrheit nicht bringe, so werde man den Reichstag solange wieder auflösen, bis solche Mehrheit da sei. Auf den verschiedenen Seiten werden schon heute alle möglichen Berechnungen und Voraussetzungen über die Zahlenverhältnisse im kommenden Reichstag angestellt. Wir halten das für ein ziemlich überflüssiges Spiel, das nur zu leicht zu allerhand theoretischen Beweisführungen führen kann, die höchstens geeignet sein würden, nachher den Blick für die

faktische Lage der Dinge und die praktisch zweckmäßigen Wege zu trüben. Sicher erscheint aber, daß, je stärker die nationalsozialistische Bewegung im Reichstag vertreten wird, sie um so schneller und einflussreicher zur Verwirklichung der nationalsozialistischen Idee wird wirken können. Darauf allein kommt es an, und deswegen soll man, nach Bismarck, auch hier in erster Linie an das Morgen denken und dann an das Uebermorgen. Der Wahlkampf ist im Gange, und das selbstverständliche Gebot dieser Stunde ist, alles daran zu setzen, um die Vertretung der Bewegung im Reichstag so stark wie möglich werden zu lassen. Alles Weitere wird die nach den Wahlen entstandene Lage klar werden lassen.

Noch niemals ist es eindringlicher und leuchtender offenbar gewesen, als jetzt, gegenüber dem Bilde der Erbarmlichkeit und Verwirrung in den politischen Lagern des Vaterlandes, in der bemuhten, um das Leben des Volks völlig unbekümmerten Verneinung des deutschen Gedankens seitens der Sozialdemokratie, in der Katastrophe des Parlamentarismus, daß der nationalsozialistische Gedanke allein in eine deutsche Zukunft führen kann. Deshalb muß er auch der Gedanke und Führer der gesamten vaterländisch empfindenden Jugend, soweit das jetzt schon nicht der Fall ist, werden.

Vor sechs und einem halben Jahr, im Frühjahr 1924, im damaligen Wahlkampf errate es meist mißbilligendes Kopfschütteln, wenn wir in Wahlversammlungen sagten, die neue Bewegung sei nicht rechts und nicht links. Was, ihr seid nicht rechts! dann seid ihr also Volkswellen! — Wer das erlebt hat, erweist den ungeheuren Fortschritt des Verständnis heute, denn jener verächtliche Widerwille gegen die alte Parlamentsgeographie zeigt nicht nur Verständnis, sondern weist in die Zukunft und bezeugt sich da eben mit den nationalsozialistischen Gedanken. Er ist die deutsche Zukunft, die Jugend ist die Zukunft. Beide gehören zusammen.

## „Wahlparolen!“

Für die parlamentarischen Parteien gehört es vor Neuwahlen zu den allerwichtigsten Aufgaben der Leitung, eine „gute Wahlparole“ zu veröffentlichen, „mit ihr herauszutreten“, man hat sogar Spezialisten für Wahlparolen und wochenlang grübelt und drückt die Intelligenzen über der Wahlparole herum. Sie soll in kurzen Worten dem Wähler die Suggestion beibringen, daß in dieser Wahlparole der bereitenden Partei alles enthalten sei, was er für sich und für die „Allgemeinheit“ nur wünschen kann. Die Wahlparole soll außerdem nach Möglichkeit so beschaffen sein, daß sie den politischen Gegnern möglichst wenig Angriffsfläche bietet. Hier ist der schwache Punkt besonders die Möglichkeit des Nachweises, daß die betreffende Partei nicht in ihrer jeweiligen Praxis des Volksbetruges schon dieser ihrer Wahlparole entgegengehandelt hat, sei es durch Abstimmanlagen sei es bei anderen Gelegenheiten. Der geübte Wahlparolenfabrikant läßt sich aber durch solche Schwierigkeiten und Gefahren, die er genau kennt, nicht schrecken. Er hat nämlich auf seiner Seite eine mächtige Hilfskraft, das ist die Gedanklosigkeit der Wählerschaft, die sich durch Schlagworte begreifen läßt, ohne nachzuprüfen, wie sich die betreffende Partei zu dem verhält oder verhalten hat, was sie jetzt mit Begeisterung vorbringt. Allerdings, etwas mehr Vorsicht als immer ist schon notwendig. Wenn vor dem Kriege die sozialdemokratischen Redner gegen den Lurus der Zeitungen werten, was an und für sich sicher nicht getadelt werden konnte, wenn dabei aber die Sozialdemokraten im Reichstag die Zehnfache abkündigten, so ließen sich das damals die Wähler ruhig gefallen. Heute würde es nicht mehr möglich sein.

Zwei Berufsstände in Deutschland gibt es, die vor den Wahlen ganz besonders von den Parteien von rechts bis links mit Liebe und tiefstem Interesse überschüttet werden. Das ist der Mittelstand und der Bauer. In der neuen Reichstag erst zustande gekommen, so denken die Parteien nicht mehr daran und stimmen aus „höheren Rücksichten“ gegen den Mittelständler und Bauern, von rechts bis links. Man denke auch an jenes geradezu erschauende Beispiel: daß der langjährige Vorsitzende des Reichslandbundes, Graf Falkenreich, dem Zentralrat der Bauernbank angehörte, derselben Bank, durch deren Tätigkeit der Bauer zielbewußt ruinert und enteignet wurde. Erst wir Nationalsozialisten sind es gewesen, die im Lande auf diese Ungehörlichkeit aufmerksam gemacht haben. Wir haben auch bei den verschiedenen Gelegenheiten der Reden gesagt, daß sie als die für die Dawesgesetze verantwortliche Partei wahrlich nicht das Recht habe, die durch diese Gesetze zugrunde gegangenen Berufsstände jetzt zu belagern und zu belämmern und in zornigem Ton Hilfe für sie zu verlangen. In der Kanzlei ist aber auch die SPD, sind auch die Kommunisten, begeisterte Freunde des Bauern, und ebenso des Mittelstandes. In Wirklichkeit wünschen sie — in der alten Sozialdemokratie vor dem Kriege wurde das ganz unheimlich ausgesprochen — die Vernichtung von Bauernstand und jüdischem Mittelstand. Sie sind ihnen reaktionäre Gebrüder, sie hindern die Proletarisierung der Bevölkerung, also fort mit ihnen. Genau unter dieser Rubrik gehört die Bauernfreundschaft und Mittelstandsfreundschaft der Demokratie und der Mittelparteien.

Die SPD. schreit vor den Wahlen: schafft Arbeit! und dabei ist sie es selbst gewesen, welche entscheidend durch ihre Politik und Wirtschaftspolitik zum Glanz der Erwerbslosigkeit beigetragen hat. Es steht außer Frage, daß die SPD. ihren lügenhaften Ruf: schafft Arbeit, für einen ihrer kostbarsten Schlagern im Wahlkampf hält. Dabei rechnet sie auf die Urteilslosigkeit ihrer Massen, wenn sie mit neuen, auswärts geliehenen Geldern, also neuer drückender, auszehrender Verschuldung die Erwerbslosigkeit beheben will. Derselbe Partei entrüstet sich mit häßlichen Worten über Mißwirtschaft, besonders auch im Geldwesen, und weiß dabei genau, daß, ganz abgesehen von ihrem verwerflichen Einnahmesturz, auch ihre Stellung zu den Finanzfragen im Einklang, vollends die ungläubliche Geschäftsführung des zu dem Hilferding als Finanzminister, alles in allem das schlimmste an Mißwirtschaft bedeuteten, was man sogar in Deutschland, und das will viel sagen, erlebt hat. Wenn die Linken und die Mittelparteien jetzt auch wieder einen „sozialen Staat“ in ihren Wahlparolen verlangen, so ist das eben zum Lachen, wie wenn die Rechte in ihren verächtlichen Gruppen, wie jetzt, sich dazu herbeiläßt. Die Rechte kennt nur jenes „Sozialsein von oben herunter“, sie hat nie etwas anderes gekannt, und wird sich nicht ändern. Der „konservative Gedanke“ zwingt sie, solche schöne Redungen

auf Worte zu beschränken. Wenn jüdische Demokraten erklären, ihre Richtung stelle allein von allen das „eigentlich Nationale“ dar, so ist das nicht minder heuchlerisch, als wenn weiter rechtsstehende Parteien von einem „vernünftigen Pazifismus“ ihren Hörern und Lesern erzählen. Und wenn wir Heucheleien großen Stils nicht vergessen wollen; Sozialdemokraten, Demokraten, Mittelparteien, sie alle wollen glühend, daß das deutsche Volk im Innern das freieste der Welt sei und nach außen „groß und geachtet“ im Rate der Völker bestehe. Nichts hätte diese Parteien gehindert, im Laufe des verfloffenen Jahrzehnts im Innern wirklich Zustände zu schaffen, die man als frei hätte bezeichnen können. Sie haben alle das Gegenteil getan und einen Zustand der Unfreiheit in Deutschland geschaffen, wie man ihn in anderen europäischen Staaten vergeblich suchen wird. Nach außen haben sie die verfluchten Gesetze, erst die Dawesgesetze, dann die Younggesetze, geschaffen, und dann lägen sie dem Volk vor, daß sie Freiheit nach außen wölkten. Sie verkünden heute wieder Freiheit durch Verhandlungspolitik und haben dabei niemals Politik der Verständigung getrieben, sondern ausschließlich eine Politik der Unterwerfung, des Landesverrats in Vermanenz. Friede! diese länderliche verlogene Wahlparole dürfen wir nicht vergessen. Diejenigen Parteien verkünden sie, welche durch ihre Politik und Haltung überhaupt immer den Frieden bedroht haben, wie sie ihn in der Gegenwart bedrohen. Ihr Bestreben ist, die Wehrkraft Deutschlands ganz zu zerdrücken, den nationalen Geist in einen internationalistischen zu verwandeln und so den nationalsozialistischen Mächten, die Deutschland umgeben, freie Bahn gegen Deutschland zu machen.

Die Reihe der Wahlparolen kehrt sich ins Ungemessene verlängern. Ihr durchschnittliches Präge ist die bewusste Unwahrheit. Wer sich die Mühe nähme, die Wahlparolen der Parteien während der letzten elf Jahre zusammen zu stellen und damit ihre wirkliche Tätigkeit zu veranschaulichen, würde durchweg feststellen können, daß es Schwindelgeschichten waren. Der Schwindel ist das charakteristische Merkmal für den Eintritt der Parteien in die Wahlen, mit anderen Worten: der bewusste Wille jeder Partei, möglichst viele Wähler über ihre eigentlichen Ziele und über ihr eigentliches Wesen zu täuschen. So bildet also der Wahlparolen-Schwindel eine feste feste Beleuchtung des hochgelobten Parlamentarismus.

Der Nationalsozialismus bedarf solcher Mittel nicht. Er braucht nur die Dinge so darzustellen, wie sie sind, und demgegenüber sein seit seinem Entstehen nie und in nicht-geändertes Programm zu schreiben und dann zu sagen: nun prüft, ob diese unsere Worte und Auffassungen mit unseren Handlungen übereinstimmen! — Keine einzige der Parteien kann mit gutem Gewissen zu solcher Prüfung auffordern.

## Wer vom Juden ist . . . . .!

Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Herr Mahraum, hat neulich auf starkes Drängen von links, insbesondere aus jüdischen und judaisierenden Kreisen, mit denen er sich und den von ihm geleiteten Orden nunmehr verbunden hat, eine Erklärung über die Stellung des Ordens zur sogenannten Judenfrage abgegeben. Die jüdische und judaisische Presse hat sich schon lange mit der Stellung des Jungdeutschen Ordens zu diesem Punkte beschäftigt, dazu kam ein Schreiben Mahraums, in welchem er einem Freunde — verächtliche: die volksnationale Reichvereinigung werde sich selbstverständlich gegen alle diejenigen Juden zur Wehr setzen, welche an den Grundfragen der christlichen und deutschen Kultur rütteln wollten. Nun erklärten linke Blätter diesen Brief für den Beweis dafür, daß der Jungdeutsche Orden im Grunde doch „antisemitisch“ sei. Mahraum schrieb darauf: „Der Jungdeutsche Orden erkennt in staatsbürgerlichen Leben den jüdischen Staatsbürgern die volle staatsbürgerliche Vertretung zu. Wir geben aber keinem das Recht, in Wesen und Form unserer jungdeutschen Gemeinschaftsbewegung hineinzureden. Ebenso, wie wir in der Bildung von jüdischen Vereinigungen häßlicher, politischer oder kultureller Natur keinerlei Angriffe auf uns setzen, verlangen wir auch, daß das Judentum in unseren völkischen Grundlagen keinen Angriff auf sich sieht. Unser Kampf gilt allen denen, welche an der Grundlage der christlichen und deutschen Kultur rütteln, einzelnd, ob es Juden sind oder nicht. In unserem staatsbürgerlichen Dienst an Staat und Volk können wir nur eine einzige Gemeinschaft mit den deutschen Staatsbürgern

finden, welche unseren Ideen vom sozialen und nationalen Volksstaat vorbehaltlos zustimmen. Unbeschadet unserer völkischen Gesinnung bekämpfen wir auch aus Gründen der nationalen Einheit und Befriedung des deutschen Volks den demagogischen Antisemitismus unserer Zeit. Unser Kampf für den deutschen Volksstaat erstrebt die Vollendung der deutschen Volkseinheit und die Vereinigung aller Gegenjüdischkeiten, welche das deutsche Volk von Haß und Zwietracht erfüllen. In dem Antisemitismus, wie er sich heute in Deutschland darstellt, sehe ich ebenso ein Minderwertigkeitsgefühl, wie ich dasselbe in einem gewissen Antisemitismus gewisser bürgerlicher Kreise erblicke.“

Wir begrüßen diese „Aufklärung“, glauben freilich nicht, daß man sie in den Kreisen des Ordens selbst überall mit Begeisterung lesen wird. Sie zeigt ein sorgliches Bemühen, die alte unlösbare Aufgabe, wenigstens dem Schein nach, zu lösen: den Kelch zu wahren, ohne ihn dabei nah werden zu lassen! Eben wir sie etwas näher an: Der Führer des Jungdeutschen Ordens erkennt dem jüdischen Staatsbürger volle Gleichberechtigung“ zu. Hätte er nur diesen Satz geschrieben, so wäre seine Stellungnahme zwar bedauerlich, dabei keineswegs überraschend und zum wenigsten klar gewesen. Herr Mahraum stellt sich damit auf den Standpunkt des früheren Justizministers, des Demokraten Koch, seines jetzigen Führerkollegen, daß jeder Inhaber deutscher Staatsbürgerrecht ein Deutscher sei. Folgerichtig müßten er und der ganze Orden das nicht nur von Juden, sondern von Estimos oder Negern gelten lassen. Wer den Juden die Vertretung zu deutscher Staatsbürgerschaft und in weiterer Folge volle Gleichberechtigung zubilligt, für den kann es eine Judenfrage nicht geben, ja es kann eigentlich überhaupt keine Juden für ihn geben, denn jeder ist ja Deutscher. Gleichwohl spricht Mahraum im weiteren Verlauf der Erklärung vom „Judentum“. Nach seinem eingangslichen Standpunkte kann es für ihn entweder ein Judentum überhaupt nicht geben, oder aber er anerkennt, daß der Jude in Deutschland trotzdem „Judentum“ darstellt und sein will. Mit solcher Erkenntnis läßt sich aber, sachlich betrachtet, eine Anerkennung des Juden als deutschen Staatsbürgers mit gleicher Vertretung nicht vereinbaren. Sobald er ein Judentum zugibt, gibt er Fremdheit des Wesens und damit auch des Willens und der Ziele zu. Der Jungdeutsche Orden ist in den Jahren seines Bestehens nicht mehr geworden das organische Wesen des eigenen Volks als einen den für den Orden grundlegenden Gedanken zu bezeichnen. Wie kann er sich aber zu diesem Gedanken bekennen und an ihn glauben, wenn er mit vollem Bewußtsein dem jüdischen Fremdkörper im deutschen Volkskörper volle Gleichberechtigung und deutsche Staatsbürgerschaft und tatsächlich Führung zuerkennet.

Man könnte uns hier einwenden, daß dies doch nicht neu sei, daß vielmehr seit Jahrzehnten es viele rationale Menschen in Deutschland gebe, die den Juden ihre staatsbürgerlichen Rechte als selbstverständlich zubilligten, aber gegen „alle Auswüchse jüdischen Treibens“ energisch Stellung nähmen. Gewiß, das wissen wir. Wir erinnern uns auch noch des Blutgeschreies der jüdischen Presse, als der „antisemitische“ Pfarrer Stöder den Juden zurück, sie möchten nur etwas mehr Bescheidenheit annehmen; für Stöder waren die Juden, belläufig bemerkt, letzten Endes immer noch das Gottesvolk, das leider sich auf Irwegen befinde. Was aber zeigen die Erfahrungen eines halben Jahrhunderts solcher oberflächlichen und halben Stellungnahmen? Sie liefern, wie es auch nicht anders sein kann, den vernichtenden Beweis, daß mit Halbheit und Oberflächlichkeit nie eine Frage gelöst, nie ein Uebel beseitigt werden kann, sondern nur schlimmer wird. Wie gesagt, solche Halbheit ist in Deutschland gerade gegenüber der Judenfrage traditionell, bequem und sehr verbreitet. Man brauche an und für sich kein Wort darüber zu verlieren. Wir tun das nur, weil es sich gerade um den Jungdeutschen Orden handelt. Wenn er das wäre, was er nach seinen allgemeinen Grundfragen, seinen proklamierten Zielen usw. sein müßte, so hätte er gerade die „Judenfrage“, das jüdische Wesen, seine Vertätigung und Wirken in Deutschland, mit der größten und gründlichsten Aufmerksamkeit untersuchen und einträchtig müssen. Die Erklärung Mahraums und die im Einklang mit ihr stehende praktische Politik des Ordens aber beweist eine Oberflächlichkeit, um nicht zu sagen: Leichtfertigkeit, die gerade beim Jungdeutschen Orden, der sein Zukunftsdeutschland aus den Wurzeln deutschen Volkstums herauswaschen lassen will, als ein schreiender Widerspruch zu Allem wirkt, was vom und im Orden seit seinem Bestehen geschrieben und geredet worden ist.

Bei allen jenen Halbheiten der letzten fünfzig Jahre ist die Judenfrage nur noch brennender geworden. Der Hochmeister des Ordens muß wissen, daß das, was man die Judenfrage nennt, man kann es auch jüdische Herrschaft und damit jüdische Vergiftung nennen, das deutsche Volksleben und Staatsleben durchdringt und entdeutschet. Der Jungdeutsche Orden sagt, sein Kampf gelte allein denen, die an der Grundlage christlicher und deutscher Kultur rütteln. Hat der Hochmeister Mahraum schon einmal irgend eine der jüdischen Vertätigungen gründlich studiert und beobachtet, ohne feststellen zu müssen, daß sie an den Grundlagen deutscher Kultur und an dieser selbst rütteln, sie vergiften und verflüchten. Der Jude ist eben, wie er ist und betätigt sich, wie ihm seine Art vorschreibt. Was heißt denn „demagogischer Antisemitismus“? Ueber den Wortsinn des Wortes:

**Bitte ausschneiden!**  
 Unterschrieben an den Verlag einsenden.  
**Bestellchein**  
 Hiermit bestellen <sup>mir</sup> zur laufenden Lieferung <sub>ich</sub>  
**den „Reichsward“**  
 Berlin D 17, Marienferndamm 11  
 Bezugspreis pro Monat M. 1.—  
 Erscheint wöchentlich 1 mal  
 Unterschrift: \_\_\_\_\_  
 Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_



„Antisemitismus“ haben wir uns in der letzten Nummer des „Reichswart“ geäußert. Und demagogisch! Wir sind der Ueberzeugung, daß eine deutsche Zukunft und Gesundung ohne Ausmerzungen des Juden aus dem deutschen Staats- und Volkslörper unmöglich ist. Es ist selbstverständlich, daß man eine solche Erkenntnis und ein solches Ziel zum Verständnis möglichst vieler Volksgenossen bringen muß, und zwar in der für dieses Verständnis angemessenen Form. Mit der abgedroschenen sittenrichterlichen Phrase: Demagogisch oder Demagogie könnte man, vollends in unjeren Tagen, und gegenüber dieser Frage Schluß machen. Herr Mahraun kämpft gegen den „demagogischen Antisemitismus“ aus Gründen der nationalen Einheit und Befriedung! Weiß er nicht, daß gerade das Judentum das Ferment auch gerade der nationalen Befriedung ist? Die Geschichte der letzten Jahrzehnte müßte Herr Mahraun eigentlich besser kennen. Ist ihm die Tätigkeit der Juden in Deutschland zur Vorbereitung des Umsturzes, während des Umsturzes und nachher gänzlich entgangen? Nicht der „Antisemitismus“ erfüllt das deutsche Volk mit Haß und Zorn, sondern der Jude wird ihm in seiner Fremdheit und Verderblichkeit, wie er ihn erkannt hat, immer unerträglicher. — Die Juden und Judentumgenossen der U.S.A. Zeitung haben vor einigen Monaten ein neues Schlagwort für Michel eingeführt: der Deutsche, welcher gegen die Juden sei, habe diese Gesinnung aus dem Gefühl eigener Minderwertigkeit dem Juden gegenüber. Herr Mahraun in seiner Verlegenheit hat diesen Gedanken entlehnt und für seine „Erklärung“ benutzt. Folgerichtig müßte er auch den Standpunkt annehmen, daß ein Mann, der sich eines Eingeweidenurms entledigen will, diesem gegenüber das Gefühl der Minderwertigkeit hat und den Schmerz der Demagenie spürt; dasselbe gilt einem Giftstoff gegenüber. Streift man alles Beimerk von der Erklärung ab, so bedeutet sie lediglich, daß der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens sich und die Mitglieder jetzt in feste Verbindung mit dem Judentum und dessen mehr oder minder maskierten Vertretern begibt und dies dem Orden und der deutschen

Rechtlichkeit gegenüber zu rechtfertigen sucht. Ein trauriges Vorhaben mit traurigem Ergebnis. Die Ausmerzungen des Judentums aus dem deutschen Leben ist gewiß kein alltäglicher Schritt und kein kleines Unternehmen, aber es bildet die einzige Möglichkeit zur Lösung des Problems und für die Verwirklichung einer tatsächlichen deutschen Volkwerdung.

Gerade weil der Jungdeutsche Orden so viele wirklich treudeutsche Elemente in sich hat, macht es einen beinahe tragischen Eindruck, wie er jetzt mit den Parteien, Inter-

### Freunde des „Reichswart“

Die vorliegende Ausgabe des „Reichswart“ erscheint als Wahl-Sondernummer. Wir haben diese Nummer in hoher Auflage drucken lassen, so daß wir weiteren Anforderungen nachkommen können. Wir bitten, diese Nummer zu bestellen. Fünfzig Exemplare kosten 5 Mark. Zahlungen erbitten wir auf das Postcheckkonto: Der Reichswart Verlagsge. m. b. H., Berlin D. 17, Markgrafendamm 11. P o s t c h e k k o n t o Berlin Nr. 88714.


essentienstrichten und Weltanschauungsträgern sich zusammenschließt, die er als seine Erzfeinde betrachten und behandeln müßte. Der Orden will ein soziales und ein nationales Deutschland, er will die Plutokratie bekämpfen, und er verbündet sich mit den jüdischen und jüdisch-jüdischen Exponenten der Plutokratie, die nie sozial und nie national sein kann, weil sie international bzw. internationalistisch ist und deshalb auch den wirklich sozialen, den völkergläubigen Standpunkt nie haben, sondern nur vorheucheln kann. Die alten Grund- und Leitsätze des Jungdeutschen Ordens werden so zu leeren und deshalb irreführenden Worten und den Begnern seiner Gedanken und früheren Ziele, mit denen

er sich nun verbündet, ja verbündet hat, zum Deckmantel dienen. Es ist geradezu auffallend, wie die Zeitung des Jungdeutschen Ordens in der äußeren Politik wie in der inneren, in wirtschaftlichen Fragen wie in der sozialen Frage beinahe nie vermoht hat, die Wirklichkeit zu sehen und danach zu handeln, sondern immer der Versuchung unterlegen ist, auch gerade jetzt wieder, den Wunsch zum Vortritt der Richtung und Art seines Vorgehens zu machen. Daß ihm die Versuchung überhaupt gekommen ist, sich mit dem Judentum und dessen Truppen und der jüdischen Plutokratie zu verbinden, daß die Mitglieder des Ordens diese Lenaturierung des jungdeutschen Gedankens nicht bemerkten, das ist uns, trotz jenes erwähnten Mangels an Fähigkeit zu nüchternen Betrachtung, eine Ueberraschung. Wer vom Juden ist, stirbt daran! Das wird sich auch bei Mahraun und den Seinen bewähren. Sie wollen es nicht besser.

### Aus dem Leben der Partei

Wie der Gau Groß-Berlin der NSDAP. mittels, eröffnet die NSDAP. den Reichstagswahlkampf mit einer Massentungebung am Freitag, dem 29. August, im Sportpalast. Es werden sprechen: General Elymann, Staatsminister Dr. Fried, der Gauleiter Dr. Goebels. Die Kundgebung beginnt um 20.15 Uhr. Karten sind bei den in Berliner nationalsozialistischen Organ „Der Angriff“ veröffentlichten Verkaufsstellen zum Preise von 1 M. und — sofern noch vorhanden — an der Abendkasse zu haben.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam. Für den Anzeigenteil: Graf Roger zu Reventlow, Berlin. Verlag: „Der Reichswart“, Verlags-gesellschaft m. b. H., Berlin D. 17, Markgrafendamm 11 Andreas 0876. Druck: Süsserott G. m. b. H., Berlin.



## Ohne Anzahlung

6 Monatsraten, 1. Rate am 1. Oktober 1930

## Unsere 3 neuen Qualitäts-Anzüge

besonders haltbar und preiswert

<p>„Deutsche Tracht“ Mod. 1 Sport-Anzug aus grau-braun mellertem, sehr strapazier- fähigem Sport-Cheviot, mit langer oder kurzer Hose. Sacco mit 4 aufgesetzten Taschen, Rücken mit Sattel, Querschultern und Gürtel, bekannt gute D. T. Verarbeitung aus eigener Werkstatt Breeches- oder Golfhose extra . . . M. 22.—</p>	<p>„Deutsche Tracht“ Mod. 2 Bediener Sport-Anzug aus rotlich-braun mellertem Whip- cord mit hohem Ueberfars, erprobte Strapazierqualität, Form u. Verarbeitung wie D. T. 1 M. 88.— Breeches od. Golf- hose . . . . . M. 23.—</p>	<p>„Deutsche Hanja“ (277) Zweireihiger blauer Sacco- Anzug aus 500 gr schwerem Kammgarn, hochwertiges deut- sches Spezial-Fabrikat, bekannt gute D. T. Verarbeitung aus eig. Werkstatt, Wasserfaj . . . . . M. 105.—</p>
---	--	--

erner: Straßenanzüge von M. 85.— an, Cabardin-Ästler von M. 78.— an

Unsere Herren-Maß-Abteilung liefert nur deutsche Werkarbeit bei Verwendung bester Zutaten und Garantie für tadellosen Sitz

## Deutsche Tracht

Gemeinnützige G. m. b. H.  
Berlin NW 6, Marienstraße 1, an der Luisenstraße

### Saison-Ausverkauf

vom 1. bis 21. August • Arthur Stege,  
Charlottenburg,  
Kaiser-Friedrichstr. 105



Empfehle kein reichhaltiges Lager und Sortiment den Weg zu sehr herabgesetzten Preisen. Jeder Kauf lohnt sich. Straßenbahn: 3, 6, 54, 55, 154, 64, Anusbus 20, Aussteigen Luisenplatz, 2. Haus o. d. Berlinerstr., U-Bahn Wilhelmplatz



Fernsprecher: ES Königsstadt 1531  
• Bestattungs-Institut Dallwitz •  
Sagelallee, Berlin D 27, Andreasstr. 78a  
Bgg. 10% Rabatt. Bestattungs-Uebernahme von Mitgliedern aller Bestattungs-Bereine, auch wenn Versicherungs-Police auf Bestattung lautet.

## Dein Bett

das präg' Dir ein

muß

aus dem

### Bettenhaus Luise Meyer

sehn.

Geat. 1906 Geat. 1906

Das Haus der Qualitätsware  
Charlottenburg 4, Kantstraße 117  
C 1, Steinplatz 3795  
Friedenau, Hauptstraße 86  
H 3, Rheingau 6276

Bettfedern, Dunnen, Inlette nur federdicke Qualitäten, „Prinzipal“-Metallbestellen und Patentmatrasen für Holzbestellen, Kanarbetten, Auflegematrasen und Aufbeuten eigene Fabrikation, Piepp- und Dunnenfedern Bettwäsche, Diandeden, Schalbeden Bettfedern-Dampf-Reinigung im Hause. Freie Abholung und Lieferung

M. Schwartz & Sohn Steglitz, Ahornstr. 15  
Dampfermeister  
Telephon: Steglitz 0993. — Gegründet 1897  
empfehlen sich für alle vorkommenden Dach-  
decker, Klempner, Fassadenarbeit u. Gerüstbau

Die gute Uhr, das elegante  
Zeßel, der moderne Schmuck.

## Geschenke

für die Dame, den Herren,  
das Kind

Wilh. Uhlmann, Juwelier  
Charlottenburg, Wilmersdorfer  
Straße 39, Ecke Bismarckstraße.

### Der Maßanzug auch für Sie!

Gute Verarbeitung, tadelloser Sitz  
ist mein höchstes Geschäftsprinzip

## Oskar Zimmermann

Schneidermeister  
Schöneberg - Friedenau, Hauptstraße 75.  
Telephon: H 3 Rheingau 6318.  
Verhand nach Maßgabe  
Mitgliedern entgegenkommen

Sämtliche  
**Malerarbeiten**  
Erich Kobilakki  
Berlin - Schöneberg, Tempelhofer Straße 16.  
Telephon: Sieppan 7267.

## Zur Reichstagswahl!

benötigt Jedermann:

Wesen, Grundsätze und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei,  
das Programm der Bewegung. Herausgegeben und erläutert von Alfred Rosenberg. Preis: 70 Pfennig.

## 100. Tausend!

Die neueste Auflage, erweitert durch den genauen Wortlaut des Agrarprogramms!

Deutscher Volksverlag, Dr. E. Boepple,  
München SW 4, Paul-Heyse-Straße Nr. 9,  
Postscheckkonto: München 1567.

Wer erschöpfend Auskunft über die Ziele der N. S. D. A. P. geben — Wer ihr Programm kennen lernen — und darüber mitsprechen will, muß diese Schrift besitzen! Unentbehrlich für jeden Parteigenossen! Das beste Werbemittel für die Gewinnung neuer Mitglieder und Anhänger!

Berliner Auslieferungsstelle:  
Wirtschaftsausschuß — Angriff-Verlag

## Bücher von Graf Ernst zu Reventlow

<p>Für Christen, Nichtchristen, Antichristen, Die Gottfrage der Deutschen, Lw. 10.— RM br. 8.— RM</p> <p>Kriegsschuldflüge und Kriegsschuldflüger, geb. 6.— RM br. 4.50 RM</p> <p>Nur durch Nein zum Ja, Umriss und Grundlinien einer deutschen Außenpolitik Lw. 3.— RM kart. 2.— RM</p>	<p>Minister Stresemann als Staatsmann und Anwalt d. Weltgewissens, geb. 3.20 RM geh. 2.— RM</p> <p>Monarchie? . . . . . Lw. 3.— RM br. 2.— RM</p> <p>Kaiser Wilhelm II und die Byzantier Deutschlands auswärtige Politik von 1888— 1914 . . . . . 10.— RM</p> <p>Politische Vorgeschichte des großen Krieges 5.— RM</p> <p>Demnächst erscheint Deutscher Sozialismus</p>
--	--

Seine bestgepflegte

## Moselweine!

Eigenes Wachstum aus den ersten Lagen von Trarbach und Entloch! Stefer blüht, ohne Zwischenhändler

Weingut Cronert-Vollmar in Trarbach-Trarbach  
an der Mosel • Preisliste und Proben auf Wunsch

### Haben Sie Stoff

Sch fertige Anzüge und  
Paletots nach Maß  
auf Rohhaar mit  
sämtlichen Zutaten  
für 75.—. Garan-  
tie guter Stoff. Bei  
meinem Stoff Mt.  
110.— bis 175.—  
Zahlungsvereinfachung  
auf 3 Raten, Herren-  
moden, Charlotten-  
burg, Kantstraße 26,  
nur 1. Etage. Tel.  
C 1, Steinplatz 93174.

Dr. Weiß  
Asthma  
Kurhaus-  
Berlin-Südende.

Inserate  
nur im  
Reichswart

Sämtliche hier ange-  
zeigten Bücher sind  
zu beziehen durch die  
Buchverhandlungs-  
des „Reichswart“,  
Berlin D 17, Mark-  
grafendamm 11, Post-  
scheck-Konto: Berlin  
88714, Telefon: ES  
Andreas 0876